

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

Ersteinst. Dienstags, Redaktions-Öffnung: Sonntag. Direktabonnements: 1.50 RM. für Nichtmitglieder nur 1.25 RM. Anzeigenpreis: Die einj. halbjährige Normalzeile (10 Spaltenbreite) 6.00 RM. Stellenvermittlungsgeld 2.00 RM.

zugleich Publikationsorgan der Zentralbanken- und Sterbekasse der Schuhmacher (Sitz Hamburg 6)

Verantwortl. Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg, Semmeringstr. 24/26. Anzeigenannahme und Redaktionen: Nürnberg 4 (Hofstadt). Verlagsleiter: Ehrenreiterstr. 1. Einzelnummer: 15 RM. Zahlungen für Interesse ufo. Postk. Hbg. 23 989, Exped. „Der Schuhmacher“ Hbg.

Nummer 37 Nürnberg, den 9. September 1930 44. Jahrgang

Gegen Bürgerblock-Diktatur! Gebrauch am 14. September die Macht

In dem vor kurzem gehaltenen Reichstage standen den 152 Sozialdemokraten nicht weniger als 338 Abgeordnete bürgerlich-kapitalistischer Parteien gegenüber. Also eine bedeutende bürgerliche Mehrheit. Diese zahlenmäßige Überlegenheit bleibt auch noch, wenn man den 152 Sozialdemokraten die 54 Kommunisten hinzurechnet. Praktisch sind übrigens die proletarischen Parteien nicht als ein sozialistischer Block von 206 Mann zu werten, da sie nur in den seltensten Fällen zusammen geschritten haben. Ein Blick in die kommunistische Presse zeigt ja, mit welcher Erbitterung die Gegensätze zwischen beiden Parteien ausgelebt werden.

Deshalb also die Sozialdemokratie nur ein Drittel der Siege im Reichstage einzunehmen, wird dieser ganze Wahlkampf von allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unter der Führung geführt: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“ Die Kommunisten treten gegenüber dieser bürgerlich-kapitalistischen Front wie ein kleiner Tropfen im Ozean. Trotz ihrer rabulischen Sprache und ihrer Furcht vor den Kapitalisten, werden sie von den bürgerlich-kapitalistischen Parteien im Wahlkampf nie gelten erachtet. Dagegen hält es in den tausenden kapitalistischen Zeitungen, in allen Wahlveranstaltungen von der Sozialpartei bis zu den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten immer wieder: „Die Vormacht der Sozialdemokratie muß gebrochen werden.“

Warum dieser Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei? Die Antwort ist ebenso einfach wie wahr: Das gesamte deutsche Bürgertum, ohne Unterscheid der Partei, ist der Meinung, daß die Arbeiter zu wenig in die Staatsgeschäfte eingreifen und zu viel daran niederbetrieben werden.

Man will eine umfassende Finanzreform im kapitalistischen Sinne durch Einführung des Einkommen- und Vermögenssteuern, die die Rechte der Kriegsschädigten einengen, die Vermögenssteuern auch für die Allereinsten einführen zu lassen.

Nachdem wir außenpolitisch einigermassen befriedet sind, nachdem das Weimarer geordnet und ein neuer Zahlungsplan in Kraft gesetzt ist, tritt der innere Aufbau der deutschen Republik in den Vordergrund. Wozu ist die große Koalition der sozialdemokratischen Reichstagsler Hermann Müller geschickter? An der Weigerung der Sozialdemokraten, dem Reich von seinen Verpflichtungen für die Arbeitslosenversicherung etwas abzunehmen, die Erwerbslosenunterstützungen kürzen zu lassen.

Warum hat Reichspräsident Brüning den Reichstag aufgelöst? Weil die Sozialdemokraten in harten parlamentarischen Kämpfen abgelehnten, die Arbeitslosenversicherung zu verschieben, die Rechte der Kriegsschädigten einengen, die Vermögenssteuern auch für die Allereinsten einführen zu lassen.

Aus diesem Programm des Reichspräsidenten Brüning ist ganz klar ersichtlich, daß nach dem Willen seiner Regierung die Zahlungen der Arbeiter in die öffentlichen Kassen erhöht und die Rückzahlungen an die Arbeiter vermindert werden sollen.

Diesen Absichten ist die Sozialdemokratie im Wege. Sie ist eine feilschende Reaktion. Die Regierungsparteien hinter Brüning sind unter sich uneinig und nur eine Minderheit im Reichstage. Außerdem wird Brüning noch befehligt auch von den Deutschnationalen und Eugenbergs und durch die Nationalsozialisten. Diese beiden Gruppen wollen eine noch schärfere Sozialpolitik als Brüning, noch härtere Unterdrückung. Sie wollen den Reichstag für immer auflösen und dauernd die Diktatur aufrichten. Diktatur im Sinne Eugenbergs und Brüning, die beide Politik mit kapitalistischen Anwendungen machen, heißt:

Militarisierung der Betriebe, Gehorsam statt Rechte, Schießregeln statt Sozialpolitik, Steuerzahlen und nicht mehr.

Wer jetzt in Deutschland gegen die Demokratie wählt, arbeitet für die kapitalistische Diktatur der kapitalistischen Kompanone Eugenberg-Stiller u. Co.

Einem andern Weg als die Reichstagswahlen gehen die sogenannten Mittelparteien: Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und die verschiedenen Bauernparteien. Sie wollen gewiß keine antiparlamentarische Diktatur. Sie wollen aber die sozialdemokratische Arbeiterpartei so weit schwächen, daß diese bei jeder Regierungsübernahme ausgeschaltet werden kann. Das Ziel des bürgerlichen Wahlkampfes ist eine sozialistische Regierung, sind Schläge gegen die deutsche Sozialpolitik, sind Lohnsenkungen, sind Wahlrechtsbeschränkungen, ist eine Offensive gegen die Arbeiter auf der ganzen Linie. Man will die deutschen Finanzen, die deutsche Wirtschaft ruinieren auf Kosten der Arbeitermassen, soweit es nur irgend geht.

Die Lage ist so klar und einfach, daß man meinen sollte, jeder, auch der ungeschulteste Arbeiter, könnte sie verstehen. Wir hatten manchmal Reichstagswahlen, wo man die Klassenangelegenheiten verstanden konnte hinter nationalstaatlichen oder religiösen Parolen. Diesmal konnte auch für Schwachbegabte ersichtlich sein,

daß es sich um reine Portemonnaiefragen handelt. Der Staatshaushalt hat Lücken und das neue Parlament soll entstehen, was sie hoffen soll. Die Regierungsvorschläge sollen beachtet werden, und die Frage steht vor uns, welchen Anteil die einzelnen Klassen beizusteuern haben. Um diesen Zustand zu verlassen, läßt man den Adolf Hitler für politische Wahlen ins Reich wählen. Man will den ganzen übrigen Welt eine auf's Nachgeben, um nichts mehr bezahlen zu müssen. Natürlich glaubt weder Hitler noch Eugenberg diesen Schwindeln. Man will eine rechtsradikale Regierung nur, um sehr wohl an das Ausland zu zahlen, aber um die Summen von den Arbeitermassen aufbringen zu lassen.

Im kommenden Reichstage soll die Entscheidung, ob die deutsche Wirtschaft, die deutsche Sozialpolitik, das deutsche Staatswesen sich auszusprechen der Arbeiter verschlechtern soll. Die anderen wollen das, und die Sozialdemokratie will das Gegenteil. Das ist die politische Situation.

Kommt nach den Wahlen aber überhaupt keine regierungsfähige Mehrheit zustande, so hoffen mächtige Führer des bürgerlichen und des lärmlichen Kapitals und mit ihnen Millionen

nen politisch verblumter Volksgenossen, daß die demokratische Republik gestürzt und was dann kommen werde? Es ist bezeichnend, daß niemand mehr von der Monarchie redet. Es geht eben nicht um die Staatsform, sondern um den Staatsinhalt. Es geht nicht mehr um die Monarchie. Man will die Demokratie aufheben, um sich von der demokratischen Kontrolle des Arbeitervolks zu befreien.

In einer solchen Situation ist es lächerlich und in hohem Maße unpolitisch, wenn Arbeiter sich streiten, ob die Demokratie oder die proletarische Diktatur der beste Weg zum Sozialismus sei. Wozu ein Streit mit getunden Sinnen, daß bei den Machtverhältnissen in Deutschland die kommunistische Diktatur zur Diskussion steht? Es steht doch so: Weht die Demokratie an der Interesslosigkeit und an der durch die wirtschaftliche Lage verschuldeten Benachteiligung der Arbeiter zum Teil, so kommt die schicksalhafte, die volkseindliche Diktatur in irgendeiner Form.

Darum kann für jeden vernünftigen Arbeiter nur die Forderung sein: Vertagt eure theoretischen Streitigkeiten. Jetzt gilt es die Demokratie zu retten, für die zwei Generationen gekämpft haben. Man muß nicht nur immer von Eroberungen träumen und in die Zukunft starren. Manchmal ist es wichtiger, in der Gegenwart das einmal Erreichte zu behaupten.

Die bürgerlichen Parteien, gesegnet aus den Weichhärten des Kapitalismus, jammen sich gegen die Arbeiterwelt. Das ist ihr gutes Recht. Unser Recht, unsere Pflicht ist es, diesen kapitalistischen Sammelruf der sozialistische Kampfpole entgegenzusetzen. Wenn Millionen Sozialdemokraten das bei der letzten Reichstagswahl. Sie müssen neue Millionen Proletariat mit sich reißen.

Die vielen Millionen Arbeiter müssen die Hände hart und fest ineinander schließen.

Die vielen Millionen Arbeiter müssen zu einer unüberwindlichen Front aneinanderrücken. Die Millionen des Arbeitervolks müssen von einem Gedanken erfüllt, von einem Willen durchglüht sein: Wir unterwerfen uns keiner Diktatur.

Schloß den roten sozialistischen Einheitsblock — unbefehrbare und unzerstörbar. Es gibt keinen Retter. Nicht Diktator. Die Arbeiter müssen sich selber helfen, sich selber retten durch ihre geschlossene sozialistische Kraft. Bisgelm Sollmann.

Bürgerlicher Trümmerhaufen

Das Lager der bürgerlichen Parteien gleicht nach der Reichstagsauflösung einem Trümmerhaufen. Eilige Hände waren dabei, aus den umherliegenden Balken Notborden für die Zukunft der bürgerlichen Wähler herzurichten.

Die Deutschnationale Volkspartei ist in vier Teile zerfallen.

1. Die Gruppe der Unentwegten um Eugenberg, die möglichst enge Fühlung mit den Nationalsozialisten zu halten sucht.
2. Die Landvolkpartei, die politische Vertretung des Landvolks, der selbst, wie er erklärt, keine politische Partei sein will. Eine rein berufständische Organisation, die, um mit den Worten einer deutschnationalen Korrespondenz zu reden, nur an den Spießpunkt geht.
3. Die Volkswirtschaftler, gebildet aus der Ehe zwischen der Treumanns Gruppe und der Westarp-Gruppe. Die Verbindung ist sehr locker, will Graf Westarp an der alten unerbittlichen Parole „Mit Gott für Kaiser und Reich“ festhält, während die Treumanns-Leute das offene Plebanat zur Monarchie in diesem Augenblick für unannehmlich erachten.
4. Der Christliche Volksblock. Das sind Mitglieder von christlichen Junglingsvereinen ufo., die das Zerbrechen der politischen Parteien entschieden finden und deshalb eine neue Partei gegründet haben.

Aus Zellen der bürgerlichen Mitte und Linken hat sich die Deutsche Sozialpartei gebildet. Sie legt sich in der Hauptstadt zusammen aus den Demokraten und der aus dem Jungbürgerlichen Erben hervorgegangenen Volkswirtschaftler Partei. Dazu sind dann einige Leute aus politischen Jugendorganisationen gekommen. Die Deutsche Sozialpartei will schwarzweiß und schwarzrotgold miteinander verloben (!) und strebt alle möglichen um sich zu gemieteten Reformen an, ohne allerdings über den Weg zu ihrer Verwirklichung etwas anzudeuten. Ihr Programm ist phantastisch und kann nur diejenigen gewinnen, die sich den trügerischen Versprechungen hingeben, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit lasse sich durch schöne Redensarten ausgleichen. Im übrigen legt sie ein hohes Plebanat zur Grundlage der Wirtschaft auf privatrechtlicher Grundlage ab.

Der schicksalhafte Block der Sozialdemokratie hat von dem Notborden dieser bürgerlichen Parteien nichts zu befürchten. Aber um des Parlamentarismus willen ist es bedauerlich, daß die Zersplitterung der Parteien immer weiter um sich greift.

